

KVB-Vorstand über neues IGES-Gutachten: „Gesundheit darf kein Spekulationsobjekt sein“

München, 7. April 2022: Finanzinvestoren nehmen immer mehr Einfluss auf das Gesundheitswesen in Deutschland. Um die Folgen des Einflusses von Kapitalinteressen in der vertragsärztlichen Versorgung besser in Zahlen fassen zu können, hat der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) im vergangenen Jahr einen Auftrag der Vertreterversammlung der KVB umgesetzt und eine Studie beim renommierten IGES Institut in Berlin in Auftrag gegeben. Die Versorgungsanalyse liegt nun vor und kann online in ausführlicher Form und als Zusammenfassung unter [www.kvb.de / Über uns / Gesundheitspolitik](http://www.kvb.de/Über_uns/Gesundheitspolitik) heruntergeladen werden. Kernaussagen: In investorengetragenen Medizinischen Versorgungszentren (iMVZ) liegen die abgerechneten Honorarvolumina deutlich über denen in anderen Medizinischen Versorgungszentren (MVZ). Die Zunahme der Zahl an iMVZ verläuft dynamisch, der Aufkauf von Praxen durch Kapitalinvestoren wird weiter vorangetrieben. So heißt es dazu in dem IGES-Gutachten wörtlich: „Das vom Gesetzgeber angestrebte Ziel, den Zugang von Finanzinvestoren in die ambulante vertragsärztliche Versorgung wirksam zu begrenzen, wird klar verfehlt.“

Dazu erklärte der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns – Dr. Wolfgang Krombholz, Dr. Pedro Schmelz und Dr. Claudia Ritter-Rupp: „Die Politik kann nicht länger tatenlos zusehen, wie der Einfluss von Kapitalinvestoren auf unser solidarisches Gesundheitswesen permanent wächst. Die Gesundheit der Menschen darf nicht zum Spekulationsobjekt werden. Denn diese Entwicklung führt auch dazu, dass die Freiberuflichkeit massiv in Frage gestellt wird und dass für jüngere Kolleginnen und Kollegen die Übernahme eines Vertragsarztsitzes finanziell nicht mehr zu stemmen ist. Wichtig ist, dass klare Vorgaben in Bezug auf Transparenz der Gesellschafterstruktur, Zulassung und Gestaltung solcher iMVZ vom Gesetzgeber gemacht werden mit dem Ziel, eine marktbeherrschende Stellung von iMVZ zu verhindern. Seit vielen Jahren warnen die Ärztinnen und Ärzte sowie deren Landesorganisationen vor einer solchen Entwicklung. Passiert ist bislang allerdings viel zu wenig. Das muss sich jetzt ändern, weil konkrete Zahlen auf dem Tisch liegen.“

Pressestelle der KVB
Telefon: 0 89 / 5 70 93 - 2192
Fax: 0 89 / 5 70 93 - 2195
E-Mail: presse@kvb.de
Internet: www.kvb.de

KVB
Eisenheimerstraße 39
80687 München

Medizinische Versorgungszentren (MVZ) kamen unter der damaligen Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) erstmals in die ambulante Versorgung und haben seither deutlich an Bedeutung gegenüber Einzel- und Gemeinschaftspraxen gewonnen. Während MVZ aus Sicht des Vorstands der KVB in vielen Bereichen eine sinnvolle Ergänzung des Versorgungsgeschehens darstellen, sind die iMVZ, die von oftmals anonymen Kapitalgebern im Hintergrund finanziert werden, eine Gefahr für das Gesundheitswesen in der jetzigen Form.